

Ergebnisprotokoll über die Stadtteilkonferenz St. Georg am 29.04.2026

Moderation: Herr Bartz

Protokoll: Frau Di Stefano

Datum: Mittwoch, 29.04.2026

Uhrzeit: 18:05Uhr Beginn – 20:53Uhr Ende

Teilnehmer*innen: 87

Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Ergebnisvermerk der letzten Sitzung
3. Fragen und Anliegen aus dem Quartier
4. „Hate Attack“ auf Cafe Uhrlaub (siehe Anhang)

Bericht aus der Verwaltung

5. Aktueller Stand zur Tempo 30-Zone in der Langen Reihe
6. Fragen an den Wohnraumschutz
7. Fragen zum B-Plan St. Georg 43
8. Aktueller Umsetzungsstand des Fußverkehrskonzept
9. Vorstellung Nutzungskonzept Repsoldstraße 27
10. Hochstufung des Wohnlagenverzeichnis – Gäste: Mieter helfen Mieter
11. Vorstellung der Idee Umgestaltung Spadenteich
12. Vorstellung der Idee zur Verkehrsberuhigung Böckmannstraße
13. Verfügungsfondanträge (St. Georg – eine bunte Kunstgalerie, Spielhaus Danziger Straße, Stadtteilstadt)
14. Sonstiges

TOP 1: Begrüßung

Herr Bartz begrüßt alle herzlich zum Stadtteilbeirat St. Georg. Insgesamt nahmen 87 Personen teil und davon sind 19 stimmberechtigt.

TOP 2: Ergebnisvermerk der letzten Sitzung

Herr Bartz hat zuvor zwei Anmerkungen zum letzten Protokoll erhalten, die bereits eingearbeitet wurden. Da es keine weiteren Anmerkungen zum Protokoll gibt, gilt dies als angenommen und veröffentlicht.

TOP 3: Fragen und Anliegen aus dem Quartier

Es gibt keine weiteren Fragen und Anliegen aus dem Quartier.

TOP 4: „Hate Attack“ auf Cafe Uhrlaub (siehe Anhang)

Da der Antragsteller, sowie seine Vertretung nicht anwesend sind, wird dieses Thema auf die nächste Sitzung vertagt.

Bericht aus der Verwaltung**TOP 5: Aktueller Stand zur Tempo 30-Zone in der Langen Reihe**

Die gewünschte 30-Zone in der langen Reihe wurde vorerst von der Polizei – Abteilung VD 5 abgelehnt, da es für die Feuerwehr durch den Verkehr keine Problematik darstelle, die 50km/h laut der Polizei meist gar nicht erreicht werde, viel Park und Lieferverkehr den Verkehrsfluss hemmen würden und deshalb keine Gefahr vernommen wurde. Allerdings wurde das Verkehrsschild „Achtung Kinder“ installiert (siehe Details Präsentation: Bericht aus der Verwaltung).

Nach der Schilderung der Regionalbeauftragten gab es folgenden Nachfragen und Anmerkungen:

- Eine teilnehmende Person vermerkt, dass morgens der Verkehr zu schnell für den Schulweg sei und es sei verwunderlich, dass es immer wieder nur Argumente dagegen gebe.
- Eine weitere teilnehmende Person weist darauf hin, dass im Lärmschutzplan Phase 2 bei Nacht eine 30-Zone in der Langen Reihe eingeführt werden solle. Dabei komme die Frage auf, warum gingen diese Regelung nicht allgemein?
- Warum könne man nicht die 30-Zone einführen, wenn laut Messungen der Polizei in der Langen Reihe durchschnittlich nur 36km/h gefahren werde.
- Die Lange Reihe, wie sie in der Präsentation beschrieben wird, sei nicht zu erkennen.

Die Regionalbeauftragte, könne nur Informationen aus dem Cityausschuss wiedergeben, deshalb werden diese Anliegen aufgenommen und mögliche Verantwortlichen wie PK 14 und VD 5 versucht zur nächsten Sitzung einzuladen. Herr Bartz wird noch einmal recherchieren, wer die sinnvollsten Ansprechpartner*innen sind. Zudem schlägt Herr Bartz vor, dass man nochmal vor dem nächsten Stadtteilbeirat einen Rundgang macht.

TOP 6: Fragen an den Wohnraumschutz

Nach einer Vorstellung des Fachamts für den Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt, sowie dem Wohnraumschutz Hamburg Mitte, Abteilung technischer Umweltschutz und Wohnraumschutz wurden die Fragen beantwortet, die oftmals an die Abteilung herangetragen wurden (siehe Details Präsentation: Fragestellungen Wohnraumschutz).

- Wie viele Wohnungen in St. Georg sind mit einer Wohnraumschutznummer als Ferienwohnung registriert?
Über einzelne Stadtteile gebe es keine genaue Aufschlüsselung. Die Zahlen, die in der Präsentation aufgelistet sind, gelten für Hamburg Mitte, nicht für St. Georg. Aktuell gibt es 9 Genehmigungspflichtige Ferienwohnungen in Hamburg Mitte (siehe Details Präsentation: Fragestellungen Wohnraumschutz).
- Wie haben sich die Zahlen in den letzten 10 Jahren entwickelt?
Die Zahlen sind generell gestiegen.
- Wie viele davon sind nach dem HmbWoSchG genehmigungspflichtig?
Hierbei gibt es eine Grauzone, weil viele Ferienwohnungen angemeldet seien, aber gar nicht mehr als solche genutzt werden. 2025 gab es 3 Anträge, keine davon genehmigt, allerdings noch in Bearbeitung (siehe Details Präsentation: Fragestellungen Wohnraumschutz).
- Was unternimmt das Bezirksamt gegen die illegale Vermietung von Wohnraum an Tourist*innen?
Das Bezirksamt mache online Recherchen und regelmäßige, stichprobenartige Überprüfungen.
- Darauf folgt eine Zwischenfrage:
Man habe nach einer 2-stündigen Recherche 10-20% Wohnungen mit Wohnraumschutznummern gefunden, die dem behördlichen Format nicht entsprachen.
Der Vertreter des Wohnraumschutzes bittet darum, diese Hinweise an ihn weiterzuleiten, dann kann man dem nachgehen.
- Wie viele Verstöße gegen das Wohnraumschutzgesetz hat das Bezirksamt bisher registriert?
Insgesamt werden Verstöße nicht statistisch erfasst. Die Stelle im Fachamt, die die Ferienwohnungen kontrolliere, war mehrere Monate nicht besetzt. Deshalb gebe es in der aktuellen Auflistung der Ordnungswidrigkeiten eine große Diskrepanz in den Zahlen (siehe Details Präsentation: Fragestellungen Wohnraumschutz).

- Was unternimmt das Bezirksamt, um die Zahl der registrierten und der illegalen Ferienwohnungen in St. Georg zu begrenzen?
Das Bezirksamt habe aktuell keine Ermächtigung, um aktiv die Zahlen zu begrenzen.
- Der Mitarbeiter des Verbraucherschutzamtes gibt einen Ausblick auf die EU-Verordnung zur Kurzzeitvermietung. Dabei muss (noch nicht jetzt, aber in Zukunft) in regelmäßigen Abstände Informationen an die Bezirksämter gesendet werden. Dem Bezirksamt liegen aktuell noch keine Informationen zur Umsetzung in Hamburg vor. (siehe Details Präsentation: Fragestellungen Wohnraumschutz).

Bevor die Fragen aus dem Beirat gestellt werden können, weist der Mitarbeiter des Verbraucherschutzamtes darauf hin, dass ein Schlüsseltresor keine Aussagekraft habe, um die Wohnungen zu überprüfen, denn ein Schlüsseltresor könne viele Gründe haben. Das Bezirksamt könne dem nur nachgehen, wenn zum Beispiel in einem online Portal eine falsche Wohnraumschutznummer vorliege.

Außerdem merkt er an, dass etwas, was wie ein Wohnraum aussehe, nicht direkt Wohnraum nach dem Wohnraumschutzgesetz sei. Zum Beispiel das große alte Haus an der Ecke Holzdamm und Atlantic Hotel. Das sei eine Straßenverkehrsfläche und somit kein Wohnraum im Sinne des Wohnraumschutzgesetzes. In so einem Fall habe das Bezirksamt keine Handlungsmöglichkeiten.

Daraufhin kamen folgenden Nachfragen auf:

- Am Hansaplatz gibt es 6 Schlüsseltresore. Wie sieht es damit aus?
Diese haben eine gültige Wohnraumschutznummer.
- Was macht das Bezirksamt, wenn jemand die Wochenfrist überschreitet?
Der Wohnraumschutz würde sich strengere Richtlinien und Kontrollen wünschen, aber das sei momentan nicht möglich.
- Wäre eine Excellliste möglich?
Nach Bezirken sei gefiltert, aber genauer leider nicht. Der Wohnraumschutz werde weiterleiten, dass sich eine genauere Auflistung gewünscht wird. Aktuell werde alles mit Papierakten bearbeitet und müsse händisch ausgezählt werden, deshalb sei nicht mehr möglich.
- Wie sieht es mit der Bremer Reihe aus?
Die Bremer Reihe habe 5 gültige Wohnraumschutznummern. Es sei Wohnraum und Gewerberaum gemeldet. Gewerberaum könne auch wie Wohnraum aussehen.

Vom Wohnraumschutz wird nochmals appelliert auf unkorrekte Wohnraumschutznummern hinzuweisen und sie dem Bezirksamt weiterzuleiten.

TOP 7: Fragen zum B-Plan St. Georg 43

Die Verantwortliche für dieses Thema konnte leider nicht am Stadtteilbeirat teilnehmen, deshalb liest die Regionalbeauftragte aus der Präsentation vor. Der Bebauungsplan St. Georg 43 hat die Vorweggenehmigung am 19.01.2023 erlangt (siehe Detail Präsentation: Bericht aus der Verwaltung).

Daraufhin kamen folgende Fragen auf:

- Was ist mit der Baustelle der Heinrich-Wolgast-Schule? Dazu hat sich die Schule bereits in der letzten Sitzung geäußert (siehe Protokoll vom 25. Februar 2026).
- Das Haus in der Brennerstraße 58 hat rechts und links Bauplätze frei, diese sollten an eine Stiftung verkauft sein, doch das sei zurückgezogen wurden. Wie ist da der Stand?

Darauf folgte ein kurzer Diskurs zum Haus an der Alster der Commerz Real.

Eine Anwohnerin stelle sich die Frage, was dazu der neuste Stand sei. Diese Frage wird Herr Bartz an SL geben und den Beirat bei der nächsten Sitzung im Juni informieren.

Eine Mieterin aus diesem Haus meldet sich zu Wort und berichtet, dass die Abrissgenehmigung erteilt wurde und Anwohner*innen von Wenzel Dr. alternative Wohnungen gestellt bekommen sollen.

Der Vertreter von Mieter helfen Mieter merkt an, dass so eine Kündigung nur greife, wenn es wegen mangelnder wirtschaftlicher Verwertung aufkomme. Ansonsten könne nur abgerissen werden, wenn niemand mehr im Haus einen gültigen Mietvertrag habe. Er macht deutlich, dass man gegen die Kündigungen vorgehen kann. Das dauere zwar lange, aber kann viel bewirken.

Herr Bartz könne die Commerzbank und die Eigentümer*in zum Beirat einladen, aber das nur mit einem Signal der betroffenen Mieter*innen.

TOP 8: Aktueller Umsetzungsstand des Fußverkehrskonzept

Das Fußverkehrskonzept wurde 2022 für St. Georg vorerst abgeschlossen (Details siehe Präsentation: Bericht aus der Verwaltung). Grundsätzlich sei das Fußverkehrskonzept aber stetig in Bewegung und müsse immer wieder neu aufgegriffen werden, damit es vorangehe.

Daraufhin gibt es folgende Rückfragen:

- Die Mülleimer sind noch immer im Weg und mobile Hindernisse. Die Waste Watcher bräuchten Unterstützung. Die Polizei sage, dass es kein Problem gäbe. Was kann man da tun?
Gerne beim Melde-Michel melden (<https://www.hamburg.de/verkehr/melde-michel>), damit das Thema im Blick bleibt. Eventuell wäre ein erneuter Rundgang durch St. Georg sinnvoll.
- Warum wurde der Antrag für einen Gedenkstein abgelehnt?
Der Antrag ist nicht abgelehnt und noch in Diskussion.
- Warum gibt es keine Verbesserung in der Langen Reihe und den Seitenstraßen?
Eine Begehung wäre sinnvoll damit man erkenne, wie die Bewohner*innen leben.

Die Regionalbeauftragte merkt abschließend an, dass Fußverkehrskonzepte stelle eine Vorhabenliste für das Bezirksamt. Es schaut welche Gelder vorhanden seien und wie und wann man das umsetzen könne. Dies könne dauern und wegen des Geldes oder anderen Rahmenbedingungen werde nicht alles umgesetzt.

TOP 9: Vorstellung Nutzungskonzept Repsoldstraße 27

Die Sozialbehörde, Fachbereich für Drogen, Sucht und Obdachlosigkeit stellt ihren aktuellen Stand des Konzepts der Repsoldstraße 27 vor. Sie haben sich kurzfristig angemeldet und kommen zur nächsten Sitzung noch einmal mit ausführlicheren Einblicken. Das fertig erstellte Nutzungskonzept ist nun öffentlich (siehe [Nutzungskonzept Repsoldstraße27](#)).

Beim nächsten Mal könne man mit dem Beirat noch einmal tiefer in das Thema einsteigen. In dieser Sitzung stellen sie nur einmal ihre Präsentation vor und klären kurze Fragen.

Im Anschluss gab es folgende Nachfragen:

- Warum wird es nur „Repsoldstraße 27“ genannt?
„Repsoldstraße27“ sei vorerst ein Arbeitstitel.
- Wann können Menschen dies in Anspruch nehmen und wie läuft die Kommunikation ab?
Seit dem 1.4.2026 wurde das Projekt mit vorgezogenen Maßnahmen mit 30 Übergangsplätze in Betrieb genommen. Aktuell gebe es allerdings noch keine öffentliche Werbung, das passiere erst, wenn das Projekt vollständig in Betrieb ist. Wenn alle Informationen vorliegen, dann gebe es auch einen Flyer. Aktuell laufe alles über Mundpropaganda.

- Wann gibt es gemeinsame Begehungen für den Stadtteil?
Es solle diese Rundgänge geben, aber dafür stehen noch keine festen Termine.
- Ist die STEG immer noch beauftragt?
Die STEG wird monatlich momentan beauftragt.

TOP 10: Hochstufung des Wohnlagenverzeichnis – Gäste: Mieter helfen Mieter

Ein Vertreter von Mieter helfen Mieter erklärt den aktuellen Stand des Wohnlagenverzeichnis. Durch den neuen Mietenspiegel gab es einige Hoch- und Runterstufungen der Mieten. Wenn die Wohnlage als besser eingestuft werde, dann rutsche man in der Liste weiter nach oben und der Vermieter kann seine Miete anpassen.

Für jeden Wohnblock gibt es eine Wohnlagenkennziffer, womit man nachschauen und überprüfen könne, wie der eigene Wohnblock eingestuft wird.

In eine gute Wohnlage fallen viele Faktoren mit rein wie Lärm, Einkaufsmöglichkeiten und Straßen, sowie einem Sozialindex von 22%.

Der Vertreter von Mieter helfen Mieter appelliert an die Anwohnenden, dass man Gegenwind zeigen, sich nicht sofort mit einer Hochstufung zufriedengeben und die Mieterhöhung nicht sofort unterschreiben solle. Man könne gegen eine Einstufung vorgehen und Argumente einbringen. In der Neustadt wird zum Beispiel derzeit eine Unterschriftenliste rumgereicht.

Daraufhin gab es folgende Nachfragen:

- Kann man Einwände gegen Einstufungen als Verein machen?
Könne man machen, allerdings habe das nicht so viel Gewicht, wie wenn es Betroffene machen.
- Wie sehe es aus, wenn sich bereits Mieter*innen aus dem Haus gewehrt und gewonnen haben. Gelte das dann automatisch auch für die anderen Wohnungen?
Nein, man müsse selbst vor Gericht ziehen und darf der Mieterhöhung nicht zugestimmt haben. Wenn man der Mieterhöhung bereits zugestimmt habe, und andere aus dem Haus gegen eine Mieterhöhung angekommen sind, dann müsse man die Mieterhöhung trotzdem zahlen. Dabei solle man auch bedenken, dass verschiedene Gerichte auch unterschiedlich entscheiden können.
- Kann man Einwände auch gesammelt abgeben?
Nein, denn man müsse sich mit jeder Wohnung einzeln auseinandersetzen. Für jede Wohnung könne es anders ausfallen.

- Hat das auch Auswirkungen auf Indexmieten?
Nein, bei Indexmieten und Mieterhöhungen wegen Modernisierungen gilt das nicht.

Zum Schluss klärt der Vertreter von Mieter helfen Mieter noch einmal auf, dass es nicht stimme, dass die Vermieter*innen die Miete einfach alle 3 Jahre um 15 % erhöhen dürfen.

Die Beschwerdestelle wo man Einwendungen gegen Höherstufungen hinschicken kann lautet: mietenspiegel@bsw.hamburg.de

TOP 11: Vorstellung der Idee Umgestaltung Spadenteich

Vertreter der Volt Fraktion stellen ihre Idee für die Umgestaltung des Spadenteichs vor. Diese Idee gründe auf dem Fußverkehrskonzept.

Sie wollen den Spadenteich Parkplatz zu einem neuen Stadtplatz umgestalten. Bevor man aber entscheide, was dort hinsolle, wird es eine Bürger*innen Beteiligung und ein Pilotprojekt geben. Daraufhin wird dann noch ein öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben. So können die Wünsche und Sorgen aller Anwohner*innen berücksichtigt werden.

Daraufhin kamen folgende Fragen auf

- Warum nimmt man den Spadenteich und nicht den Hansaplatz?
- Was wäre mit dem großen Parkhaus hinter dem Schauspielhaus für die wegfallenden Parkmöglichkeiten?
- Vielleicht könne man den historischen Verlauf der langen Reihe auf dem Platz miteinbinden? Für die wegfallenden Parkmöglichkeiten könne man zum Beispiel Parktürme entwerfen.

All diese Anliegen könne man dann bei der Bürger*innen Beteiligung miteinbringen und durch mögliche Pilotprojekte ausprobieren. Vorerst wurde der Antrag von Volt auf ein Pilotprojekt allerdings in der Bezirksversammlung abgelehnt.

TOP 12: Vorstellung der Idee zur Verkehrsberuhigung Böckmannstraße

Ein Vertreter der Grünen stellt den aktuellen Stand der Verkehrsberuhigung der Böckmannstraße vor.

Es gab eine Begehung und nach dem ersten Eindruck sei eine gesamte Verkehrsberuhigung zu teuer.

Nach einer Messung und Prüfung vom PK 11 gab es folgende Einschätzungen:
Die Menschen fahren hier nicht so schnell, dass sich eine langsamere Zone lohne.
Es gäbe zu wenig Unfälle.

Wenn man die Einbahnstraße Umdrehen würde, dann würde die Fahrradstraße in der Adenauerallee wegfallen.

Der Antrag ist also vorerst auf Eis gelegt. Man müsse in diesem Fall größer denken, was dann aber wieder Stadtpolitik wäre.

Im Anschluss kamen dazu folgende Ideen des Beirates auf, die festgehalten werden:

- Man müsse Maßnahmen einsetzen, die Tempo 30 durchsetzen, wie Temposchwellen, um das langsame Fahren zu erzwingen oder eine Kennzeichenerkennung durch Poller.
- Wenn man größer denkt, dann solle man auch die Lindenstraße mitbedenken.

TOP 13: Verfügungsfondsanträge (St. Georg – eine bunte Kunstgalerie, Spielhaus Danziger Straße, Stadtteilstadt)

Zum Zeitpunkt der Abstimmungen über den Verfügungsfond waren noch ca. 58 Personen anwesend.

Antrag Nr.1

Die Abstimmung zur bunten Kunstgalerie wurde vertagt, da die Antragstellerin nicht anwesend war.

Antrag Nr. 2 um 20:45 Uhr

Die Antragstellerinnen vom Spielhaus Danziger Straße stellen einen Antrag auf eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 150,25 Euro, da sie durch einen Wasserschaden einen hohen Rechnung tragen müssen.

Stimmberechtigte Mitglieder:

Ja: 19

Nein: 0

Enthalten: 0

Politische Vertreter:

Ja: 4

Nein: 0

Enthalten: 0

Der Antrag wurde von den Stimmberechtigten einstimmig angenommen.

Antrag Nr. 3 um 20:49 Uhr

Die Antragstellerinnen wollen das Stadtteilstadt erneut organisieren. Da es nicht darum gehen solle, ob sich die Familien leisten können oder nicht, brauchen sie eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 1500 Euro. Der Domplatz steht kostenlos zu Verfügung, doch es fallen trotzdem Kosten wie eine Zuckerwatte Maschine oder neue Pavillons an.

Stimmberechtigte Mitglieder:

Ja: 18

Nein: 0

Enthalten: 1

Politische Vertreter:

Ja: 4

Nein: 0

Enthalten: 0

Der Antrag wurde von den Stimmberechtigten einstimmig angenommen.

TOP 14: Sonstiges

Es wurde noch ein Hinweis und eine Bitte eines Anwohnenden ausgesprochen. 3
Fahrradfahrer sind in der letzten Zeit unter LKWs verstorben. Es wird ein
gesellschaftliches Bündnis gesucht, damit man Druck auf die Politik ausüben könne,
damit sie endlich das umsetze, was sie auch geplant habe.

Die anwohnende Person hat eine Open Petition gestartet und bittet diese zu
unterzeichnen und zu teilen. Diese wird im Verteiler mitgesendet.